

Antrag Nr. 21-F-63-0026

GRÜNE, SPD, Linke, Volt

Betreff:

Bürger*innen über städtische Ausgaben mitentscheiden lassen und Raum für eigene Ideen geben
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 24.11.2021 -
- Neuer Antragstext der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 02.12.2021 -

Antragstext:

Der Ausschuss möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen

Wiesbaden soll die Vorbereitungen ergreifen, um ab dem Jahr 2024 Bürger*innenbudget oder einen Bürger*innenhaushalt etablieren zu können.

Der Magistrat wird gebeten,

1. die positiven und negativen Erfahrungen aus dem nun mehr als 10 Jahre zurückliegenden Versuch eines Bürgerhaushaltes nochmals darzulegen, um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden.
2. Zu prüfen und zu berichten, wie die Wiedereinführung eines Bürger*innenhaushaltes oder eines Bürger*innenbudgets zum Haushalt 2024/25 umgesetzt werden kann. Hierbei sollen beide Formen der partizipativen Budgetplanung betrachtet und im Hinblick auf ihre Umsetzbarkeit die jeweiligen Vor- und Nachteile sowie die Ansprüche von Bürgerinnen und Bürgern geprüft werden. In die Gesamtbetrachtung soll auch der Umstand mit einfließen, dass Wiesbaden über eine umfangreiche Finanzierung der Ortsbeiräte verfügt, die in eigener Kompetenz Finanzanträge entscheiden können.
3. Zu prüfen und zu berichten, wie die Umsetzung eines Bürger*innenhaushaltes oder eines Bürger*innenbudgets beispielsweise an eine überarbeitete Dein.Wiesbaden.de-Plattform angegliedert werden kann.
4. Nach besonders vorbildlichen und gut funktionierenden Projekten in Deutschland und Europa zu recherchieren (beispielsweise "My Neighborhood" aus Reykjavik)¹ und Kontakt aufzunehmen, um eine Übertragung auf die Landeshauptstadt Wiesbaden zu überprüfen.
5. bei der Konzepterstellung insbesondere auf die Aktivierung und Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen zu achten, die sich über klassische Kommunikationswege nicht oder nur schlecht erreichen lassen.

¹ <https://living-in.eu/groups/solutions/citizen-card>

Antrag Nr. 21-F-63-0026
GRÜNE, SPD, Linke, Volt

Wiesbaden, 02.12.2021

Christiane Hinninger
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Hendrik Schmehl
Fraktionsvorsitzender
SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender
Die Linke

Janine Maria Vinha
Fraktionsvorsitzende
Volt

Felix Kisseler
Fraktionsgeschäftsführer
Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Hendrik Schmehl
Fraktionsgeschäftsführer
SPD

Uwe von Massenbach
Fraktionsreferent
Die Linke

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer
Volt